

# Landkreis Ravensburg

den 13. Jun. 2017

## Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses  
am 09.05.2017 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,  
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 17:50 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

### Anwesend:

#### stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

#### CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Rolf Engler,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Karl Immler,

in Vertretung für KR Moll

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Peter Müller,

Frau Dr. Silke Rieser,

Herr Daniel Steiner,

#### FWV

Herr Matthias Grad,

Frau Christa Stierle,

#### Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,

Frau Ursula Hilpert,  
Herr Siegfried Spangenberg,

SPD

Herr Peter Clément,  
Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Max Scharpf, in Vertretung für KR Prof. Dr. Dieing

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur, Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur  
Frau Diana E. Raedler, Dezernentin Arbeit und Soziales  
Frau Andrea Mueller, Sozial- und Inklusionsamt  
Herr Klaus Preisinger, Amtsleiter Amt für Migration und Integration

Gäste

Herr Martin Belser, Caritas Bodensee-Oberschwaben, zu TOP 5  
Frau Rose-Marie Duelli, Beratungsstelle "Zuhause Leben", zu TOP 5

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers, wird von Frau Meschenmoser vertreten

CDU

Herr Clemens Moll, wird von KR Immler vertreten

FWV

Herr Markus Ewald,  
Herr Hans Peter Künst,

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing, wird von KR M. Scharpf vertreten

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten des Sozial- und Inklusionsamtes**

3. 0233/2016  
Unterstützung der Bahnhofsmision Aulendorf - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 12.12.2016
4. 0048/2017  
Bestellung ehrenamtlicher Patientenfürsprecher für den Landkreis Ravensburg

#### **Mitteilungsvorlagen**

5. 0038/2017  
Jahresbericht Pflegestützpunkt und ZUHAUSE LEBEN-Stellen 2016,  
Gast: Herr Martin Belser, Caritas Bodensee-Oberschwaben
6. 0041/2017  
Erstellung eines Seniorenpolitischen Konzeptes für den Landkreis Ravensburg -  
Zwischenbericht
7. 0054/2017  
Aktualisierung der Unterbringungsstrategie und Pakt für Integration von Flüchtlingen
8. Mitteilungen und Anfragen

## **Nichtöffentliche Sitzung**

### 9. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 27.04.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Landrat Sievers. Sie übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Änderung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

### **2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung am 21.02.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## **Angelegenheiten des Sozial- und Inklusionsamtes**

### **3 0233/2016**

**Unterstützung der Bahnmissionsmission Aulendorf –**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 12.12.2016**

KR Kellenberger hinterfragt die Position des Landkreises im Konstrukt Bahn – Land – Stadt und das grundsätzliche Engagement des Kreises. Die Bahn ziehe sich immer stärker aus der Verantwortung und der Kreis springe einfach in die Bresche.

Die stv. Vorsitzende schlägt vor, diesen Themenbereich im fachlich zuständigen Verwaltungsausschuss (nächstmögliche Sitzung, voraussichtlich im Juli) aufzubereiten und auch andere Partner, wie beispielsweise den Regionalverband, um eine Stellungnahme zu bitten.

KR Kellenberger hält die Beantwortung dieser Frage aber auch für die heutige Beschlussfassung im Sozialausschuss für wesentlich.

KR Engler wünscht ebenfalls eine umfassende Information, bevor über einen Zuschuss von 5 mal 5.000 € entschieden werden könne. Andernfalls müsse der Beschluss mit großen Vorbehalten verknüpft werden, um wenigstens ein Zeichen gegen die Vorgehensweise der Bahn zu setzen.

KRin Fiegel-Hertrampf bittet darum, andere Finanzierungsmodelle für die Bahnhofsmision zu eruieren (Landkreis Biberach?). Außerdem müsse erreicht werden, dass die Gleisquerung auch ab 17 Uhr überwacht wird.

Die stv. Vorsitzende verweist auf den Haushaltsvorbehalt im Beschlussentwurf. In Abhängigkeit von der Information in der Juli-Sitzung des Verwaltungsausschusses könne die Entscheidung über die Haushaltsmittel 2018 ff noch gesteuert werden.

KRin Müller macht auf die katastrophale Toilettensituation am Bahnhof Aulendorf aufmerksam.

KR Kellenberger geht es vor allem darum, der Bahn aufzuzeigen, dass der Kreis nicht bereit ist, die Aufgaben der Bahn zu schultern.

KR Spangenberg sieht dies auch so. Allerdings sei es nun vorrangig, vor Ort genau dort zu helfen, wo „es brennt“.

#### **Beschlussentwurf:**

Die Bahnhofsmision Aulendorf in Trägerschaft der IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit der Diözese Rottenburg-Stuttgart e. V. erhält ab dem Jahr 2017 für die Dauer von 5 Jahren vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 5.000 €.

#### **Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

(Anmerkung: Die Beantwortung der Anfrage von KR Kellenberger bzgl. des grund-

sätzlichen Konstrukts erfolgt in der Juli-Sitzung des Verwaltungsausschusses.)

4 0048/2017

**Bestellung ehrenamtlicher Patientenfürsprecher für den Landkreis Ravensburg**

KR Engler spricht beiden Patientenfürsprechern seinen Dank für das große ehrenamtliche Engagement aus.

Auf Nachfrage von KRin Stierle teilt Frau Raedler mit, dass die Nachfrage unvermindert groß sei. Sie stelle sogar einen wachsenden Bedarf fest. Bei Interesse könne sie gerne den Jahresbericht mit den statistischen Zahlen zur Verfügung stellen.

KRin Müller erfährt von Frau Raedler die Hintergründe der kurzen Befristung im Beschlussentwurf.

**Beschlussentwurf:**

Die beiden bisherigen Patientenfürsprecher Frau Andrea Mourlas für die Region Wangen und Herr Berthold Eisele für die Region Ravensburg/Schussental werden ab dem 01.07.2017 für die Dauer von weiteren zwei Jahren zu Patientenfürsprechern bestellt.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Mitteilungsvorlagen**

5 0038/2017

**Jahresbericht Pflegestützpunkt und ZUHAUSE LEBEN-Stellen 2016, Gast: Herr Martin Belser, Caritas Bodensee-Oberschwaben**

Frau Raedler führt in die Thematik ein.

Frau Müller, Herr Belser und Frau Duelli stellen das Beratungskonzept sowie einen Blick hinter die Kulissen des Beratungsgeschehens mit einer PowerPoint-Präsentation

vor.

KR Engler lobt die vorbildliche und praxisorientierte Sozialpolitik im Landkreis, gemeinsam mit der Caritas als wichtigem Anker. Er verweist aber auch auf den klaren Auftrag der Krankenkassen, sich hier ebenfalls einzubringen. Diesbezüglich müsse nachgehakt und ein deutliches Engagement eingefordert werden. Alle Beteiligten müssten sich der Herausforderung stellen, die notwendigen Infrastrukturen für die Zukunft zu schaffen.

KRin Fiegel-Hertrampf lenkt das Augenmerk auf die immer rarer werdenden Kurzzeitpflegeplätze. Der Landkreis müsse Mittel und Wege finden, weitere Ressourcen, beispielsweise bei den Nachbarschaftshilfen, zu fördern.

KRin Müller zählt die Problembereiche auf:

- barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum
- Auszeiten für pflegende Angehörige
- demographische Entwicklung
- Männer als Pfleger
- Nachsorge nach einem Krankenhausaufenthalt

Auf Nachfrage von KR Kellenberger erklären Frau Müller und Frau Duelli die Anfragen der unter 70-Jährigen:

- Pflegebedürftige nach Schlaganfall, Diabetes, Unfall, Demenz, Multiple Sklerose
- Vorsorge- und präventive Beratung

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

6 0041/2017

**Erstellung eines Seniorenpolitischen Konzeptes für den Landkreis Ravensburg - Zwischenbericht**

Frau Raedler und Frau Müller stellen den Zwischenbericht (Sachstand und Tendenzen) mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Ein erstes Zahlenwerk sei für die nächste Sitzung des Sozialausschusses geplant.

KR Clement bedauert, dass sich die früher prognostizierten Zahlen zum Teil als völlig falsch erwiesen haben. Unter den darauf fußenden Fehlplanungen müsse man heute an vielen Stellen leiden. Es sei dringend erforderlich, neue Wohnformen zu finden und in den Pflegeheimen die Bürokratie abzubauen.

KRin Fiegel-Hertrampf hofft auf die Solidarität über Generationen, auch im zunehmend rauer werdenden Klima der Gesellschaft. Hilfreich seien hierbei alternative Wohnformen wie „Jung und Alt“, aber auch Wohnkombinationen mit Flüchtlingen.

KR Engler sieht alle gefordert, Flagge zu zeigen gegenüber der zunehmenden Verrohung der Gesellschaft.

Die KRe Clement und Engler tauschen sich über das Haus „Sonnenhalde“ in Isny aus.

KR Clement befürchtet, dass auch die in diesem Jahr vorgelegten Datengrundlagen nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprechen werden.

Frau Raedler gibt zu bedenken, dass die vom Landkreis Ravensburg geschaffene Infrastruktur auch von Menschen aus anderen Landkreisen genutzt werde.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

7 0054/2017

### **Aktualisierung der Unterbringungsstrategie und Pakt für Integration von Flüchtlingen**

KR Spangenberg nimmt Bezug auf die drastische Anhebung der Nutzungsgebühren und hat folgende Fragen hierzu:

- Hat die Erhöhung andernorts auch für so eine große Unruhe wie in Wangen gesorgt?
- Zusammensetzung der 248 €?
- Welche Klientel ist betroffen / Welche war bei der letzten Erhöhung im Jahr 2013 betroffen?
- Muss Auskömmlichkeit der Gebührenkalkulation über die psychologische Wir-

kung gestellt werden?

- Weshalb wurden der Sozialausschuss bzw. der Kreistag nicht früher informiert?

KRin Müller erkundigt sich, wie viele Personen von der Nutzungsgebühr betroffen sind.

KR P. Müller berichtet von der großen Bestürzung, die die Gebührenanpassung in Wolfegg hervorgerufen hatte, zumal auch beim Bürgermeisteramt keine Hintergrundinformationen vorhanden waren. Für ihn sei nicht vermittelbar, dass die unterschiedlichen Standards der Unterkünfte bei der Gebührenberechnung nicht berücksichtigt werden. Im Grunde würde man mit dieser Gebührenänderung genau diejenigen bestrafen, die sich um Integration und Strukturen bemühen.

KR Kellenberger teilt mit, dass sich das Erschrecken in Aitrach in Grenzen gehalten habe, was aber wohl auf eine vorangegangene Informationsveranstaltung in der Unterkunft zurückzuführen sei. Auch in der Anschlussunterbringung würden die Gemeinden wohl nicht umhin kommen, Gebühren im Maßstab der Obdachlosenunterbringung zu erheben. Irgendwie müssten Unterkünfte ja finanzierbar gehalten werden.

KRin Fiegel-Hertrampf schildert die Unruhen in Baienfurt. Angesichts des Kostendeckungsanspruchs bei der Gebührenkalkulation stelle sich die Frage, weshalb beispielsweise nicht früher den zum Teil sehr hohen Stromkosten entgegengesteuert werden konnte. Sie vertritt die Meinung, dass arbeitende und zahlende Flüchtlinge auch Einzelzimmer bekommen sollten.

Herr Preisinger legt dar, dass in den Gebühren gemäß dem Kostendeckungsprinzip alle Ausgaben enthalten seien, auch die Personalkosten und sämtliche Nebenkosten. Zur Klientel von 2013 könne er im Einzelnen keine Angaben machen. Auch die Zahl der Flüchtlinge mit eigenem Einkommen in nennenswertem Umfang könne er nicht nennen. Er selbst habe ebenfalls viel Unmut wahrgenommen. Die Anhebung der Nutzungsgebühren sei eine Verwaltungsangelegenheit, zumal durch die Orientierung an der Kostendeckung keine Belastungen für den Haushalt entstanden seien. Insofern habe er der Information des Kreistags und der Gemeinden vielleicht nicht die erforderliche Bedeutung beigemessen. Eine Differenzierung nach Unterkünften könne im Gebührensystem nicht vorgenommen werden; überdies hätten die Flüchtlinge ja auch keine freie Wahl. Daher habe die Verwaltung eine Mischkalkulation zugrunde gelegt. Im Übrigen heiße „teuer“ nicht immer auch „besser“. Im Rahmen der Möglichkeiten werde das Amt für Migration und Integration die Wohnsituation von Beschäftigten und

Auszubildenden verbessern. Den Vorwurf, die integrationswilligen Flüchtlinge mit den neuen Gebührensätzen zu bestrafen, möchte er unter Hinweis auf das in Deutschland geltende Unterstützungssystem (Bedürftigkeit) nicht stehen lassen. Gleichwohl sei die Konsequenz daraus zugegebenermaßen etwas problematisch.

Herr Baur weist darauf hin, dass die Flüchtlingsaufnahme eine staatliche Aufgabe sei und dass der Landkreis vom Land die entsprechende Finanzierung erwartet. Das Land dürfe im Gegenzug vom Kreis erwarten, dass der Aufwand so weit wie möglich minimiert wird. Der Vergleich mit den Nutzungsgebühren von 2013 biete sich nicht an, da seinerzeit ein überschaubarer Aufwand mit insgesamt nur zwei Standorten zugrunde gelegen sei. Zwischen 2013 und 2017 seien die Kosten überproportional gestiegen, weit über die allgemeine Kostensteigerung hinaus. Die hohen Energiekosten seien auch der Verwaltung ein Dorn im Auge. Diesbezüglich werde weiter nach Regulierungsmöglichkeiten gesucht. Die Frage, ob die Kostensituation zulasten des Kreishaushalts abgemildert werden solle, sei eine politische und müsse im Kreistag diskutiert werden.

Die stv. Vorsitzende erwähnt die aktuelle Prüfung durch den Rechnungshof und die Vorgabe, Gebühren im Rahmen der Gesetze festzulegen. Außerdem sei die derzeitige Situation dem Unterbringungsengagement des Landkreises und der Entscheidung zur dezentralen Unterbringung geschuldet. Diese sei von allen Beteiligten bewusst und übereinstimmend für richtig gehalten worden. Freiwilligkeitsleistungen aus dem Budget des Landkreises müssten vom Kreistag entschieden werden. Die Kommunikation könne in der Tat verbessert werden, zumal die Akzeptanz nach entsprechender Erläuterung immer größer sei.

KR Spangenberg gibt zu bedenken, dass das Tätigwerden des Landkreises als staatliche Behörde einerseits und für Kreisaufgaben andererseits für die Bevölkerung schwer erklärbar sei. Seiner Auffassung nach müsse im „sozialen“ Landkreis Ravensburg durchaus über Sonderregelungen nachgedacht werden.

KR P. Müller fragt, ob auch die Leerstände in die Kalkulation eingerechnet wurden.

Herr Baur führt aus, dass es bei der zugrunde gelegten Basis (Rechnungsergebnis 2015) noch keine Leerstände gab.

KR P. Müller unterstreicht nochmals, dass er die Information im Vorfeld dringend be-

nötigt hätte. Er bittet darum, weitreichende Entscheidungen künftig rechtzeitig an die Kommunen weiterzugeben, um solch unbefriedigende und frustrierende Situationen vor Ort zu vermeiden.

Die stv. Vorsitzende entschuldigt sich für die mangelhafte Kommunikation.

KR Immler hält es für hilfreich, die Zusammensetzung der 248 € transparent darzustellen. Dies würde sich sicher auf das Sparverhalten der Flüchtlinge auswirken.

KRin Müller schlägt vor, die Gebühr in einem Jahr nochmals neu zu berechnen.

KR Nippe interessiert sich für die erwartete Gesamtsumme der Mehreinnahmen im laufenden Jahr.

Herr Baur antwortet, dass bei einer Berechnung der Gebühren auf der Grundlage von 2017 der Umgang mit den Leerständen gründlich beleuchtet werden müsse. Die Dimension der Mehreinnahmen sei bislang noch nicht hochgerechnet worden.

Die stv. Vorsitzende betont nochmals, dass die leerstehenden und Kosten verursachenden Unterkünfte in alle Überlegungen mit einbezogen werden müssen.

KR Engler wirft ein, dass der Landkreis selbst bei voller Belegung aller Unterkünfte mit Mehrausgaben rechnen müsste.

KRin Haberkorn möchte wissen, ob die Helferkreise von der Gebührenerhöhung in Kenntnis gesetzt wurden.

Herr Preisinger informiert, dass die grundsätzliche und allgemeine Bekanntgabe erst gestern an die Helferkreise gegangen sei. Nur auf konkrete Nachfragen sei vorab eine Ankündigung erfolgt. Er sei sich angesichts der heutigen Rückmeldungen bewusst geworden, dass die Kommunikation hätte besser laufen können.

Herr Baur sagt zu, die Gebührenkalkulation im Einzelnen aufzubereiten und alle Posten transparent abzubilden.

Die stv. Vorsitzende kündigt an, auch den Aspekt „Einzelzimmer für Arbeitende“ - soweit umsetzbar - zu berücksichtigen. Der Sozialausschuss werde in der nächsten Sit-

zung eine umfassende Darstellung erhalten. Falls von den vorgestellten Eckpunkten abgewichen werden sollte, müssten die Fraktionen entsprechende Anträge stellen.

KRin Fiegel-Hertrampf kritisiert, dass die Flüchtlinge mit eigenem Einkommen auch die Integrationskurse selbst bezahlen müssen.

Die stv. Vorsitzende verweist betroffene Einzelfälle an das Amt für Migration und Integration zur Nachprüfung.

KR Engler greift die Prognose der ansteigenden Zuweisungen auf. Angesichts der vielen Landkreise, die ihre Aufgaben bislang noch nicht erfüllt haben, müsse sich der Landkreis Ravensburg vehement und fraktionsübergreifend gegen erneute Zuweisungen wehren. Der Kreis Ravensburg solle den Schwerpunkt nun auf eine gelingende Integration setzen. In diesem Zusammenhang erinnert KR Engler ein weiteres Mal an seinen Antrag aus dem Jahr 2016 zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für geduldete Flüchtlinge.

Die stv. Vorsitzende bemerkt, dass es im Interesse und im Fokus aller Beteiligten sei, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Herr Baur kann die Forderung nach einem erhöhten Engagement anderer Landkreise durchaus nachvollziehen. Vorrangig sollen die Neuzugänge auch an die Kreise verteilt werden, die sich derzeit in der Unterdeckung befinden, und erst danach gemäß dem allgemeinen Verteilerschlüssel (Einwohnerzahl) an alle Kreise. Solange der Landkreis Ravensburg allerdings vom Land eine Finanzierung der Leerstände verlange, könne nicht vermittelt werden, dass in anderen Landkreisen wiederum Steuermittel für den Aufbau von Unterkünften benützt werden sollen.

KRin Fiegel-Hertrampf überlegt, nicht benötigte Wohncontainer an andere Landkreise zu verkaufen.

Herr Baur hat die Verkaufs-Optionen bereits beim Übergang von der Erstunterbringung in die Anschlussunterbringung geprüft. Zu beachten seien jedoch die relativ hohen Kosten für die Umsetzung der Container (z.B. Erschließung, Dachaufbauten), weshalb die Verwaltung von dieser Idee wieder Abstand genommen habe. Von anderen Kreisen seien auch noch keine entsprechenden Anfragen gekommen. Für Ausstattungsgegenstände sei mittlerweile eine Tauschbörse eingerichtet worden.

KRin Stierle tauscht sich mit Herrn Preisinger über die Rahmenbedingungen der sozialen Betreuung aus.

KR P. Müller legt großen Wert auf die Behebung der untragbaren sanitären Zustände einer Container-Anlage in Wolfegg.

Herr Baur versichert, den entsprechenden Auftrag bereits erteilt zu haben.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## 8 Mitteilungen und Anfragen

Frau Raedler verweist auf die ausliegenden Informationsmaterialien:

- Zuhause Leben – Jahresbericht 2016
- Finanzielle Leistungen aus der Pflegeversicherung – Veränderungen ab 2017
- Broschüre „Freiwillig aktiv“ des Landkreises Ravensburg
- Broschüre „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Flyer „Wohnberatung“ des DRK

Z. B.

Stv. Vorsitzende

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Daniel Steiner

Christa Stierle